

## Die Euro-Krise und der Rettungsschirm

### Fünf Bundestagsabgeordnete aller Fraktionen stellten sich den Fragen der Bürger in Neckartenzlingen

**Die Veranstaltungsreihe „Thema im Gemeindehaus“ der evangelischen Kirche Neckartenzlingen widmete sich am Mittwoch der „Berliner Halbzeitbilanz“. Fünf Bundestagsabgeordnete stellten sich den Fragen des Moderators und der Bürger. Besonders das Schwerpunktthema Euro-Krise förderte Kommunikationsprobleme zwischen den Parteien und ihren Basen zutage.**



VON ANNA-MADELEINE METZGER

**NECKARTENZLINGEN. „Wir haben schwierige Phasen hinter uns“, begann Michael Hennrich (CDU) sein Resümee über die bisherige Arbeit der schwarz-gelben Koalition auf Bundesebene. „Das fing bereits bei den Koalitionsverhandlungen an.“ Judith Skudelny (FDP) bilanziert ähnlich: „Es war eine Liebeshochzeit, aber die Ehekrise kam bald.“ Besonders die Krise, die Hennrich lieber als Staatsschuldenkrise bezeichnet haben will denn als Euro-Krise, habe die Regierung, wie Skudelny sagt, „von heute auf morgen vor sehr schwierige Entscheidungen gestellt.“**

Die Finanzkrise von 2008 habe Deutschland sehr gut überstanden, so Hennrich: „Wir haben heute mehr Arbeitsplätze als vor der Krise.“ Auch die Sicherungssysteme in den Bereichen Rente und Krankenversicherung seien gut. „In der Staatsschuldenkrise haben wir den Spagat zwischen den Erwartungen von internationaler Seite und denen der Bevölkerung gut gemeistert.“

Für Skudelny, die in ihrer ersten Legislaturperiode im Bundestag Mitglied des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit ist, ist die Energiewende ein zentrales Thema: „Wir sind heute in Baden-Württemberg von Importen abhängig und müssen in diesem Bereich noch mit großen Ausgaben rechnen.“ Persönlich hat sie eine Änderung des Bundesimmissionsschutzgesetzes federführend mitgestaltet, nach dem Kinderlärm nun keine schädliche Umwelteinwirkung mehr darstellt.

Rainer Arnold, verteidigungspolitischer Sprecher der SPD im Bundestag, sieht die schwarz-gelbe Regierungsarbeit freilich negativer: „Einen Baum, der solche Früchte trägt, würde man umhauen“, zitierte er den Journalisten Heribert Prantl. Als Gründe führte er das Regierungspersonal an und kritisierte vor allem Außenminister Guido Westerwelle, durch den „das Ansehen Deutschlands international extrem gelitten hat.“

Außerdem prangerte Arnold die Orientierungslosigkeit der Kanzlerin an und gab zu bedenken, dass die erste Finanzkrise von der Großen Koalition gemanagt worden sei. Die jetzige Regierung dürfe dafür nicht die Früchte ernten. Innerfraktionelle Streitigkeiten täten ihr Übriges zur schlechten Regierungsarbeit: „Wenn sie sich mal einig sind, setzen sie Lobbyinteressen durch“, verwies Arnold auf die Senkung der Mehrwertsteuer in der Hotelbranche.

Die gesundheitspolitische Sprecherin der Grünen im Bundestag Biggi Bender kritisierte eine zunehmende soziale Schieflage durch die Gesundheitsprämie: „Der Arbeitgeberbeitrag wurde eingefroren, alle zukünftigen Mehrkosten gehen auf Kosten der Versicherten.“ Die Zweiteilung von gesetzlicher und privater Krankenversicherung müsse endlich überwunden werden. Bezüglich der Instrumentenreform des Arbeitsmarkts prangerte Bender an, dass wichtige Qualifizierungsmaßnahmen für Langzeitarbeitslose dadurch zurückgefahren würden. Auch sie beklagte den Gesichtverlust Deutschlands in der UNO durch die Libyen-Enthaltung.

Richard Pitterle (Die Linke) kritisierte vor allem den Koalitionspartner FDP: „Sie hält an ihrem Neoliberalismus fest, da ist die CDU anpassungsfähiger.“ Dies gelte insbesondere für die Finanztransaktionssteuer, die von den Liberalen blockiert werde. Für die im Sommer beschlossenen Panzerlieferungen nach Saudi-Arabien nahm Pitterle die Regierung hart ins Gericht.

Besonders die Finanzmarktkrise und die Frage nach dem richtigen Umgang mit verschuldeten Staaten wie Griechenland erhitzen die Gemüter. Hennrich gab zu bedenken, dass auch Deutschland in der Nachkriegszeit von der finanziellen Unterstützung anderer Länder

profitiert habe. Die Prämisse sei aber klar, dass die betreffenden Länder „die Ärmel hochkrempeln“. Wie auch für Judith Skudelny dient für Henrich der Rettungsschirm in der Hauptsache dazu, die Ansteckung anderer Länder bei einer Insolvenz Griechenlands zu verhindern. Seine Koalitionskollegin plädierte für einen Schuldenschnitt und eine Refinanzierung Griechenlands und betonte, dass die Rettung Griechenlands vor allem Deutschland nutze: „Wir tätigen 60 Prozent unserer Exporte innerhalb der EU.“

Rainer Arnold trat für eine veränderte Strategie im Umgang mit Banken ein. „Man kann gegen Länder spekulieren – und das wird auch kräftig getan“, erklärte der Sozialdemokrat. Das müsse mit aller Strenge verhindert werden. Bei einer etwaigen Vereinheitlichung der europäischen Haushaltspolitiken müsse sich auch Deutschland mit einem Aufpasser im Bundestag abfinden, findet Biggi Bender. „Wenn wir dadurch Stabilität gewinnen, ist es der richtige Schritt im Sinne der EU.“ Richard Pitterle mahnte, der Rettungsschirm sei keiner für Menschen, sondern für Banken und Versicherungen. Die jetzige Strategie belaste den kleinen Bürger in einem Land, das Reichtum nicht besteuert.

Besonders in der Diskussion der Rettungsschirme EFSF (von den Nationalstaaten getragen) und EFSM (aus EU-Geldern) wurden Kommunikationsprobleme zwischen der Bevölkerung und den Volksvertretern augenfällig. Zu fortgeschrittener Zeit stellte ein Zuhörer die Frage: „Wie darf ich mir diesen Rettungsschirm überhaupt vorstellen?“ und erhielt dafür breite Zustimmung. Reflexartige Vorwürfe von Bürgern an Politiker und von Politikern an Medienvertreter erwiesen sich da als wenig hilfreich.

Die „Berliner Halbzeitbilanz“ machte deutlich: Im Transport politischer Konzepte zum Verständnis des Bürgers gibt es noch reichlich Nachholbedarf.

Richard Pitterle, Biggi Bender, Rainer Arnold, Moderator Eckhard Rahlenbeck, Judith Skudelny und Michael Henrich (von links) diskutierten die Arbeit der schwarz-gelben Koalition. amm

